

# Grundgesetz Aufhebung im Jahr 2007

2007 BGBl Teil I Nr. 59, S 2614 (siehe unten)

## Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich der Justiz (BGBl. I 59 2007)

### Artikel 4

#### § 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) *Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.*

(2) *Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).*

#### § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht

**Es werden aufgehoben:**

1. **das Erste Gesetz zur Aufhebung** des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. **das Zweite Gesetz zur Aufhebung** des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),
3. **das Dritte Gesetz zur Aufhebung** des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3)  
und
4. **das Vierte Gesetz zur Aufhebung** des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

#### § 3 Folgen der Aufhebung

*Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und **bestehen** nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages **fort**. Durch die Aufhebung werden weder frühere Rechtszustände wiederhergestellt noch Wiederaufnahme-, Rücknahme- oder Widerrufstatbestände begründet. Tatbestandliche Voraussetzungen von Besatzungsrecht, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht erfüllt worden sind, können nicht mehr erfüllt werden. Aufgehobene Rechtsvorschriften bleiben auch für die Zukunft auf Tatbestände und Rechtsverhältnisse anwendbar, die während der Geltung der Rechtsvorschriften erfüllt waren oder entstanden sind. Die Aufhebung von Besatzungsrecht lässt Verweisungen hierauf unberührt.*

**Es gilt bereinigtes Besatzungsrecht, das Grundgesetz ist bis auf Artikel 73, 74 und 75 aufgehoben, die Rechte und Pflichten der Besatzungsbehörden bestehen fort.**

## Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Vom 23. November 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

### Artikel 1

Aufhebung des Gesetzes  
über die Eingliederung des Saarlandes

(101-2)

Das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

### § 2

**Aufhebung  
bundesrechtlicher Vorschriften über  
die Bereinigung von Besatzungsrecht**

Es werden aufgehoben:

Artikel 2  
Aufhebung des  
Gesetzes zur Einführung  
von Bundesrecht im Saarland

(101-3)

Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliede-

1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),

2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungs-

rungsnummer 101-3, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 3  
Aufhebung des  
Gesetzes über Ermächtigungen  
zum Erlass von Rechtsverordnungen  
(103-1)

Das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 103-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 4  
Gesetz zur  
Bereinigung des Besatzungsrechts

§ 1  
Aufhebung  
von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den

rechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),

3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und

4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3

Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort. Durch die Aufhebung werden weder frühere Rechtszustände wiederhergestellt noch Wiederaufnahme-, Rücknahme- oder Widerrufstatbestände begründet. Tatbestandliche Voraussetzungen von Besatzungsrecht, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht erfüllt worden sind, können nicht mehr erfüllt werden. Aufgehobene Rechtsvorschriften bleiben auch für die Zukunft auf Tatbestände und Rechtsverhältnisse anwendbar, die während der Geltung der Rechtsvorschriften erfüllt waren oder entstanden sind. Die Aufhebung von Besatzungsrecht lässt Verweisungen hierauf unberührt.

“im Umfang des Reiches” (siehe unten).

<http://www.dejure.org/gesetze/EGGVG/1.html> +  
<http://bundesrecht.juris.de/gvgeg/>

<http://www.dejure.org/gesetze/EGStPO/1.html> +  
<http://bundesrecht.juris.de/stpoeg/>

<http://www.dejure.org/gesetze/EGZPO/1.html> +  
<http://bundesrecht.juris.de/zpoeg/>

Auch der Wirkungsbereich des OWiG ist durch Gesetz vom 23.11.2007 in BGBl. I S. 2614 aufgehoben worden. Somit ist der jeglicher Verfolgungszwang entfallen, weil der Wirkungsbereich des OWiG durch Gesetzesänderung verfallen ist.

Die Konsequenzen auf die laufende Rechtsprechung sind, daß die Gesetze wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit (§§43, 44 VwVfG) ungültig und nichtig sind! Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können. Ein Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig

(BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)

### Wikipedia:

Rechtswissenschaften

Synopsen sind auch in der Rechtswissenschaft üblich. Wird ein Gesetz geändert, kann man anhand von Synopsen die alte und die neue Fassung gegenüberstellen und so schnell erkennen, worin die Änderungen bestehen.

### Geltungsbereich von Gesetzen

Zivilprozessordnung

Synopse zu [§ 1 Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung \(EGZPO\)](#)  
(siehe auch [alle Fassungen von § 1](#) und [Erläuterungen zur Funktionsweise und zum Lesen des Versionsvergleichs](#))

in der Fassung <u>gültig bis 25.04.2006</u>	in der Fassung <u>zuletzt geändert durch Artikel 49 G v 19.04.2006 BGBl. I 866 mWv.</u> 25.04.2006
	<a href="#">nächste Änderung durch Artikel 49 &gt;&gt;</a>
§ 1	<u>§ 1 (aufgehoben)</u>
(Text alte Fassung) Die Zivilprozessordnung tritt im ganzen <u>Umfang des Reichs</u> gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.	(Text neue Fassung)

Aktuelles Gesetz § 1 (Geltungsbereich des Gesetzes) weggefallen

# Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung

ZPOEG

Ausfertigungsdatum: 30.01.1877

Vollzitat:

"Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 9 Absatz 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) geändert worden ist"

**Stand:** Zuletzt geändert durch Art. 9 Abs. 3 G v. 30.7.2009 I 2449

**Fußnote**

Textnachweis Geltung ab: 1. 7.1977

## **Eingangsformel**

Wir ...

verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

### **§ 1**

(weggefallen)

### **§ 2**

Was früher staatsrechtlich richtig war, Geltungsbereich stand im Gesetz als Artikel

oder §, soll heute anders sein?

Heute steht der Geltungsbereich "Bundesrepublik Deutschland" über dem Gesetz, und soll im Gegensatz zu früher nun den Geltungsbereich begründen.

Bundesrepublik Deutschland

# Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung

Gesetz vom 30.01.1877 (RGBl. I S. 244)

zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.07.2009 (BGBl. I S. 2449) m.W.v. 05.08.2009

Stand: 01.07.2010 aufgrund Gesetzes vom 07.07.2009 (BGBl. I S. 1707)

## Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung

Vom 30. Januar 1877 (RGBl S 244)

(BGBl III 310–2)

zuletzt geändert durch die VereinfNov mWv 1. 7. 77

Bearbeiter: Dr. Albers

**I Inkrafttreten.** Die Zivilprozeßordnung tritt im ganzen Umfange des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

1) **Erläuterung.** ZPO und GVG gelten seit dem 3. 10. 90 im gesamten Bundesgebiet einschließlich der früheren DDR und Ost-Berlins, Art 8 EV, mit den Maßgaben der Anl I Kap III Sachgeb A Abschn III und IV (vgl S XXIX und die Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften).

## Gerichtsverfassungsgesetz

Synopse zu [§ 1 Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz \(EGGVG\)](#)

(siehe auch [alle Fassungen von § 1](#) und [Erläuterungen zur Funktionsweise und zum Lesen des Versionsvergleichs](#))

in der Fassung  
gültig bis 25.04.2006

in der Fassung  
zuletzt geändert durch [Artikel 14 G v 19.04.2006 BGBl. I 866](#) mWv.  
**25.04.2006**

[nächste Änderung durch Artikel 14 >>](#)

§ 1

(Text alte Fassung)

~~Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfang des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der in § 2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozeßordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft.~~

(Text neue Fassung)

(aufgehoben)

Aktuelles Gesetz § 1 Geltungsbereich des Gesetzes weggefallen

# Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz

GVGEG

Ausfertigungsdatum: 27.01.1877

Vollzitat:

"Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist"

**Stand:** Zuletzt geändert durch Art. 21 G v. 17.12.2008 I 2586

**Hinweis:** Mittelbare Änderung durch Art. 8 Nr. 3 G v. 30.7.2009 I 2449 ist berücksichtigt

**Fußnote**

Textnachweis Geltung ab: 2.10.1977 Zur Anwendung d. § 13 für die Zeit v. 1.6.1998  
G 300-1/1 v. 18.6.1997 I 1430 (JuMiG)

## Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 1

(weggefallen)

§ 2

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gvgeg/gesamt.pdf>

Alter Text gültig bis 25.04.2006 **Geltungsbereich steht im Gesetz § 1**

(ZPO Kopie Beck 1992)

## Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz

vom 27. 1. 1877 (RGBl 77)

(BGBl III 300-1)

idF des G v 12. 9. 50, BGBl 455, zuletzt geändert durch Art 7 I RpfIVereinfG v 17. 12. 90, BGBl 2847.

Bearbeiter: Dr. Albers

**I** **Inkrafttreten.** Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfange des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der im § 2 des Einführungsgesetzes der Zivilprozeßordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft.

## OWiG

Änderungen an		
mWv (verkündet)	geändert durch	Fundstelle
<a href="#">Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG)</a> FNA: 454-2; G. v. 24.05.1968 BGBl. I S. 503; zuletzt geändert durch Artikel 25 G. v. 13.12.2001 BGBl. I S. 3574; aufgehoben durch Artikel 57 G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614		
vergangene und konsolidierte Änderungen		
30.11.2007	<a href="#">Artikel 57 Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG)</a> vom 23.11.2007	BGBl. I S. 2614 - Nr. 59

[nach oben](#)

Das Gesetz wurde komplett aufgehoben per Bundesgesetzblatt verkündet.  
<http://www.buzer.de/>

Synopse zu <a href="#">§ 1 Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung (EGStPO)</a>	
(siehe auch <a href="#">alle Fassungen von § 1</a> und <a href="#">Erläuterungen zur Funktionsweise und zum Lesen des Versionsvergleichs</a> )	
in der Fassung gültig bis <b>25.04.2006</b>	in der Fassung zuletzt geändert durch <b>Artikel 67 G v 19.04.2006 BGBl. I 866 mWv.</b> 25.04.2006
§ 1	<a href="#">nächste Änderung durch Artikel 67 &gt;&gt;</a>
(Text alte Fassung)	(Text neue Fassung)
Die Strafprozeßordnung tritt im ganzen Umfang des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.	<a href="#">(aufgehoben)</a>

<http://www.buzer.de/>

Stand: BGBl. I 2011, Nr. 16, S. 569-608, ausgegeben am 13.04.2011

**buzer.de**  
Gesetze aktuell, verlinkt, online - Sie blättern noch?

Vorschriftensuche

Volltextsuche

Vorschrift
Gesetz
 nur in AkaGrG

**diese Vorschrift wurde aufgehoben und galt bis inkl. 30.11.2010**

### Gesetz über die Führung akademischer Grade (AkaGrG)

k.a.Abk.; [G. v. 07.06.1939 RGBl. I S. 985](#); aufgehoben durch Artikel 9 Abs. 2 G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614; Geltung ab 01.01.1964  
 FNA: 2210-1; 2 Verwaltung 22 Kulturelle Angelegenheiten 221 Bildung, Wissenschaft und Forschung  
 Änderungen / Synopse | 2 Gesetze verweisen aus 5 Artikeln auf AkaGrG

<<

**§ 1**

Die von einer deutschen staatlichen Hochschule verliehenen akademischen Grade dürfen im Gebiete des **Deutschen Reiches** geführt werden.

- Start
- Suchen
- Aktuell
- Verkündet
- Für Autoren
- Über buzer.de
- Kontakt
- Mobilversion